

Mitglied des Deutschen Bundestages
für die StädteRegion Aachen

Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018

Die parlamentarischen Beratungen des von der Bundesregierung vorgelegten Haushalts für 2015 begannen am Dienstag mit der Einbringung und Vorstellung des Entwurfs durch den Bundesfinanzminister. Unsere Kernbotschaft lautet: Wie versprochen, sinkt die Nettoneuverschuldung 2015 weiter, und zwar um 6,5 Milliarden Euro. Damit erreichen wir die *schwarze Null*. Mit großem Abstand halten wir zudem die nationalen und europäischen Defizit-Regeln ein. Deutschland wird damit seiner Vorbildrolle in Europa nachhaltig gerecht. So sorgt unser Finanzplan bis 2018 für die Verstetigung der *schwarzen Null*. Wir können jetzt auch die gesamtstaatliche Schuldenstandquote bis 2017 auf unter 70 Prozent und in den nächsten zehn Jahren auf unter 60 Prozent reduzieren.

Die Ausgaben des Bundes 2015 sollen nach dem Regierungsentwurf 299,5 Milliarden Euro betragen. Im Vergleich zum Vorjahr steigen sie um 3 Milliarden Euro bzw. ein Prozent. Die *prioritären Maßnahmen* des Koalitionsvertrages mit einem Gesamtvolumen von mehr als 23 Milliarden Euro werden nunmehr im Detail veranschlagt und damit in die Praxis umgesetzt. Insbesondere werden die Länder und ihre Kommunen entlastet, um die Herausforderung bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser bewältigen zu können. In den anstehenden parlamentarischen Beratungen arbeiten wir entschlossen darauf hin, in einem unruhiger gewordenen wirtschaftlichen und geopolitischen Umfeld den letzten großen Schritt hin zur Nullverschuldung tatsächlich verwirklichen zu können.

Als Innenpolitiker möchte ich kurz auf die vorgesehenen Schwerpunkte dieses Ressorts eingehen: Der Einzelplan weist 2015 Ausgaben in Höhe von 5,73 Mrd. Euro auf. Der größte Anteil entfällt weiterhin auf die Innere Sicherheit. Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) wird durch 50 zusätzliche Stellen gestärkt, um eine Beschleunigung der Asylverfahren zu erreichen. Bereits 2014 waren 300 zusätzliche Stellen geschaffen worden. Die zusätzlichen Stellen werden solange im Haushalt verbleiben, wie das gegenwärtige Niveau der Asylanträge bestehen bleibt. Für Integrationskurse sowie aufgrund der weiterhin hohen Zahl syrischer Flüchtlinge werden insgesamt 49 Mio. Euro zusätzlich vorgesehen.

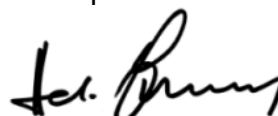
Sehr geehrte Damen
und Herren,
liebe Freunde!



Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 und zur Finanzplanung 2018 ist mehr als ein Buch voller Zahlen – er hat historische Bedeutung: Zum ersten Mal seit 1969 werden wir komplett ohne neue Schulden auskommen und wenden uns damit endlich von der Politik des Schuldenmachens ab. Wir schaffen die *schwarze Null*, und zwar ohne Steuererhöhungen. Und wir setzen sie über den gesamten Finanzplanungszeitraum fort. Damit steht unser Hauptziel, das von uns durchgesetzte Kernelement im Koalitionsvertrag, unmittelbar vor seiner Verwirklichung: Unsere Bundesregierung kommt mit dem Geld aus, das sie hat. Das ist vernünftig, gerecht und ein wesentlicher Bestandteil unseres Profils in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik.

Es konnte nur eine unionsgeführte Koalition sein, die die immer wieder diskutierte und von vielen nie für möglich gehaltene *schwarze Null* zur Realität macht. Grundlage dieses Erfolgs ist unser unbeirrtes Festhalten an der wachstumsorientierten Konsolidierung auch gegen Widerstände. Trotzdem ist der Haushalt 2015 kein Sparhaushalt – im Gegenteil: Wir nutzen die von uns in den vergangenen Jahren erarbeiteten Freiräume, um Akzente bei Bildung und Forschung, in der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur oder durch effektive Entwicklungszusammenarbeit zu setzen.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

**Mitglied des Deutschen Bundestages
für die StädteRegion Aachen**

Unterstützung der kurdischen Regionalregierung im Irak gegen die Terrormiliz IS

Der Vorstoß der menschenverachtenden Terrormiliz Islamischer Staat (IS) hat die Lage im Irak und in der Region dramatisch verändert. Bedroht ist das Leben von Millionen Menschen, die Stabilität des Irak und der ganzen Region und angesichts der Vielzahl ausländischer Kämpfer nicht zuletzt auch unsere Sicherheit in Deutschland und Europa.

Zur Wahrnehmung unserer humanitären Verantwortung und zur Wahrung unserer sicherheitspolitischen Interessen hat die Bundesregierung neben weiteren Hilfsleistungen im Einvernehmen mit der irakischen Zentralregierung auch die Lieferung von Waffen, Munition und weiterer militärischer Ausrüstung zur Unterstützung der kurdischen Regionalregierung im Kampf gegen den Terror der IS beschlossen.

Bereits in der vergangenen Woche ist der Deutsche Bundestag zu einer Sondersitzung zusammengekommen, um über diese nicht-zustimmungspflichtigen Waffenlieferungen zu debattieren. Obwohl wir uns der möglichen Risiken bewusst sind, haben wir im Plenum des Bundestages nach einer intensiven Auseinandersetzung mit großer Mehrheit beschlossen, die Entscheidung der Bundesregierung zu begrüßen.

Gedenkstunde aus Anlass des 75. Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkriegs

Am 1. September 1939 überfielen deutsche Truppen Polen. Dies war der Auftakt eines mörderischen Weltkrieges, an dessen Ende Europa und weite Teile der Welt in Trümmern lagen. Die nationalsozialistischen Verbrechen haben millionenfach unsägliches Leid gebracht.



© Deutscher Bundestag /
Achim Melde

Mit der deutsch-französischen Aussöhnung, der Westintegration und der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und Europas nach dem Ende des Kalten Krieges haben wir in Europa die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen. So ist es heute ein „erfreulicher Normalfall“, dass der polnische Staatspräsident Bronisław Komorowski, dessen Land 1939 von Deutschland und der damaligen Sowjetunion ein weiteres Mal geteilt und von der Landkarte getilgt wurde, am Mittwoch im Deutschen Bundestag aus Anlass des Weltkriegsbeginns gesprochen hat.

Jugendarbeitslosigkeit in der EU sinkt um eine halbe Million

Wie aus kürzlich veröffentlichten Zahlen des Statistikportals statista.com hervorgeht, waren zum Zeitpunkt der Konferenz zur Förderung der Jugendbeschäftigung in Europa im Juli 2013 im Kanzleramt rund 5,6 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren in der EU ohne Beschäftigung. Seitdem gab es einen kontinuierlichen Rückgang auf 5,1 Millionen im Juni 2014. Wichtigste Ursachen für Jugendarbeitslosigkeit sind nach Einschätzung einer aktuellen wissenschaftlichen Untersuchung des ZEW Defizite im Bildungs- und Ausbildungssystem, länderspezifische Regelungen etwa im Kündigungsschutz und ineffektive arbeitsmarktpolitische Instrumente. Kurzfristig komme es auch darauf an, junge Menschen besser über Beschäftigungschancen im Ausland aufzuklären, sie zu motivieren und bei den ersten Schritten zu unterstützen.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 14/14 12. September 2014

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: helmut.brandt@wk.bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)